

Kreis Viersen

Kibiz sorgt für Unmut

VON ANDREAS REINERS, erstellt am: 31.08.2007

(RP) Das neue Kinderbildungsgesetz (Kibiz) ist vom Landtag noch nicht verabschiedet. In den Kommunen und bei den Kindertagesstätten ist die Verärgerung schon jetzt groß. Das Kreisjugendamt plant bereits die Umsetzung.

Beatrix Berendes und Hannes Vilcans sind derzeit nicht zu beneiden. Wie ihre Kollegen bei der Stadt Viersen sind die beiden Kindergarten-Experten im Kreisjugendamt Viersen seit Monaten damit beschäftigt, alle Vorkehrungen für die geplante Kindergarten-Reform zu treffen. Während im Düsseldorfer Landtag gerade erst die Anhörung zu dem von der schwarz-gelben Landesregierung geplanten Kinderbildungsgesetz stattgefunden hat, müssen sich der Kreis, die Kommunen und vor allem die Träger der Einrichtungen auf eine der größten Umwälzungen in der Kindergartenlandschaft der vergangenen Jahrzehnte einstellen. Das Gesetz soll zum 1. August 2008 in Kraft treten.

Die Front der Ablehnung ist auch im Kreis Viersen groß: Weniger Leistung für höhere Beiträge – auf diese Formel lassen sich die Befürchtungen der Eltern gegen das geplante Gesetz mit dem Kurztitel „Kibiz“ bringen. Auch die Politik hat große Bedenken, wie in der jüngsten Sitzung des Kreisjugendhilfeausschusses am Mittwochabend wieder deutlich wurde.

Seit Mitte Juni befasst sich ein Unterausschuss des Gremiums mit der Problematik. Noch stochern die Politiker ziemlich im Nebel, weil überhaupt nicht klar ist, wie das Gesetz die künftige Kindergartenlandschaft konkret verändern wird. Der Gesetzentwurf, den der Kreisjugendhilfeausschuss bereits in seiner Mai-Sitzung erstmals diskutierte, wird noch Veränderungen erfahren. Wichtig aus Sicht der Experten beim Kreisjugendamt: Die Trägervielfalt und das flächendeckende Angebot auch bei Tagesstättenplätzen für Kinder unter drei Jahren müssen erhalten bleiben. Darauf drängt der Leiter des Kreisjugendamtes, Günther Alsdorf. „Wir wollen gemeinsam mit den Trägern einvernehmliche Lösungen finden“, versicherte er im Ausschuss. Mit den Kommunen ist sich der Kreis weitgehend einig, wie zu verfahren ist. In jeder Stadt oder Gemeinde sollen auch Plätze für Kinder ab einem Jahr bereitgestellt werden.

Zeitplan:

Kibiz-Unterausschuss tagt wieder am 17. Oktober. Dann sollen Details besprochen werden.

Kreisjugendhilfeausschuss wird wahrscheinlich am 14. November über Elternbeiträge oder Zahl und Zuordnung der Gruppen beraten.

Zuständigkeitsbereich Das Kreisjugendamt ist für Brüggen, Grefrath, Nettetel, Niederkrüchten, Schwalmatal und Tönisvorst zuständig.

Was ändert sich nach derzeitigem Stand der Gesetzesplanung? Künftig sollen bis zu 20 Kinder von zwei Fachkräften betreut werden. Bis zu vier Zweijährige können pro Gruppe aufgenommen werden. Neu wird auch die Finanzierung sein: Das Land wird pro Einrichtung und Kind pauschale Zuschüsse geben. Für größere Gruppen soll es Zuschläge geben. Auch für Betriebskosten wie Miete gibt es Pauschalen. Die Öffnungszeiten der Einrichtungen sollen gestaffelt sein, die Elternbeiträge sich an der Dauer orientieren, die das Kind in der Einrichtung betreut wird. Da die Eltern die Betreuungszeiten flexibel wählen können, sich nicht für ein Jahr festlegen müssen, fürchten die Träger der Einrichtungen eine große Planungsunsicherheit. Fest angestellte Erzieherinnen bangen um ihre Jobs, weil sie möglicherweise durch Teilzeitkräfte ersetzt werden.